



Liberaler Mittelstand Thüringen gegen weitere Belastung von KMU durch geplantes Thüringer Bildungsfreistellungsgesetz

Nach Ansicht des Liberalen Mittelstandes Thüringens stellt das Bildungsfreistellungsgesetz eine Einmischung in die Personalführung der Unternehmen dar. Bei Weiterbildung im sogenannten Bildungsurlaub stehen oft berufsferne Inhalte im Vordergrund. Es kann jedoch nicht Aufgabe der Unternehmen sein, die - wie es im Gesetzentwurf heißt - "allgemeine, politische, kulturelle...Weiterbildung" über Betriebsbelange hinaus zu gewährleisten und zu finanzieren. Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen in Thüringen würden dadurch nur mit zusätzlichen Kosten belastet und ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber ausländischen Mitbewerbern geschwächt.

"Wirtschaftsförderung sieht anders aus" meint Reinhard Probandt, Landesvorsitzender des Liberalen Mittelstandes in Thüringen. "Unternehmen, die am Markt erfolgreich agieren wollen, sind im ureigensten Interesse bestrebt, optimal ausgebildetes Personal zu beschäftigen und dieses auch weiterzuqualifizieren."

(jenanews.de)

Foto: lm-thueringen.de